Walter Ulbricht vor der Volkskammer am 5. Mai

Über die Lehre des 7. April

„Die versuchte Durchführung einer Tagung des westdeutschen Bundestages in Westberlin war eine Provokation. Die westdeutschen Revanchepolitiker und Militaristen wollten demonstrieren, daß der Status quo nicht mehr gilt, daß die Bonner Regierung die Absicht hat, Westberlin zu einem Teil der westdeutschen Bundesrepublik zu machen, das heißt zu annektieren.

Wenn die Herren des Westberliner Senats sich beklagen, daß die Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik zum 7. April keine Maßnahmen der Entspannung gewesen seien, so möchte ich ihnen sagen:

Sie haben, wie mir scheint, den Sinn der Entspannung gründlich mißverstanden. Entspannung setzt nämlich mindestens den Verzicht auf kalten Krieg und Provokationen voraus, den Verzicht auf jeglichen Versuch, Westberlin politisch der Bonner Regierung und deren Revanchepolitik zu unterwerfen. Wenn Sie aber uns angreifen, wie dies bei der Provokation der Bundestagssitzung in Westberlin der Fall war, dann reagieren wir mit angemessenen Gegenmaßnahmen.

Mit Recht fragen heute nicht wenige Westberliner: Was geschieht mit Westberlin, wenn die fortgesetzten Provokationen der Regierung in Bonn auf Westberliner Gebiet dazu führen sollten, daß es wirklich einmal ernst wird?

Ich möchte den Westberlinern sagen: Wegen Westberlin brauchte es überhaupt keinen Streit und keinen Konflikt zu geben. Wenn sich nämlich Westberlin nicht von den Bonner Revanchisten mißbrauchen läßt, wenn Westberlin eine neutrale Freie Stadt wird.

Mögen alle Beteiligten den 7. April als ernste Warnung auffassen. Als Warnung und Aufforderung an die Adresse der Provokateure, mit ihrer Vorwärtsstrategie nach Westberlin Schluß zu machen. Als Warnung auch an die Adresse der Westberliner: Laßt euch nicht von der westdeutschen Regierung in Bonn in Abenteuer hineinziehen. Wir haben nichts dagegen, daß der Westberliner Senat Geld von allen möglichen Seiten nimmt. Aber das darf kein Eintrittsgeld für die Bonner Revanchepolitik sein. Mögen die Westberliner an die alte Weisheit denken: Wer auf einer Insel lebt, darf sich das Meer nicht zum Feinde machen.

Unsere Maßnahmen waren auch eine Erinnerung an die Adresse der westdeutschen Militaristen, daß ihre Revanchepolitik zum Scheitern verurteilt ist.

Wir sind davon überzeugt, daß die Westberliner nachdenken werden. Die Stimmen derer gewinnen an Gewicht, die eine neue Politik mit neuen Politikern fordern.

Ich möchte feststellen: Wenn die Deutsche Demokratische Republik nicht so viel Opfer für die Sache des Friedens gebracht hätte und nicht im mächtigen Friedensbündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten auf Friedenswacht stünde, so befänden wir uns heute vielleicht schon wieder in der Katastrophe eines neuen Europa verwüstenden Krieges."

Der Bonner Staat hat kein Recht auf Westberlin

Nach der Provokation des Bonner Bundestags in Westberlin am 7. April wurde vielfach die Frage gestellt, mit welchem Recht der westdeutsche Staat Anspruch auf das Territorium Westberlins erhebt. Der bekannte Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Herbert Wehner (Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft) [illegible]

[illegible]thung der westdeutschen Regierung auf Westberliner [illegible]dessen stillschweigende Einbeziehung als zwölftes Bun[illegible]ie westdeutsche Bundesrepublik ist eindeutig völker[illegible]g. Das beweisen folgende Tatsachen:

Im März 1948 richteten die westdeutschen Besatzungsmächte auf der Londoner Sechsmächtekonferenz den Auftrag zur separaten westdeutschen Staatsbildung ausschließlich an die Ministerpräsidenten der elf Länder der westlichen Besatzungszone. Westberlin wurde mit keinem Wort erwähnt. Der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz der späteren Bundesrepublik auszuarbeiten hatte, bestand nur aus Abgeordneten mit beschließender Stimme aus den elf westdeutschen Ländern. Folgerichtig schließen die ersten Entwürfe zum Grundgesetz daher auch Westberlin aus dem Bestand der Bundesrepublik aus.

Erst nach der zweiten Lesung des Grundgesetzentwurfes entstand die jetzige Fassung des Artikels 23, die den Versuch unternimmt, den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf Berlin zu erstrecken. Unter dem Zwang ihrer Verpflichtung aus dem Viermächteabkommen, nach dem Berlin oder Teile von Berlin niemals zum Bestand der westlichen Besatzungszonen Deutschlands gehörten, griffen aber sofort die westlichen Besatzungsmächte ein. Sie erklärten am 2. März 1949:

‚Schließlich möchten meine Kollegen und ich Sie wissen lassen, daß wir die sorgende Teilnahme verstehen, die der Parlamentarische Rat für Berlin gezeigt hat. Dennoch muß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Artikel, der sich auf Berlin bezieht, suspendiert werden ...'

Daß das westdeutsche Grundgesetz trotz dieses Vorbehaltes der Westmächte mit diesem Artikel 23 verabschiedet wurde, kam es am 8. April 1949 zu einem Schreiben der Außenminister der Westmächte an die Militärgouverneure, in dem es unter anderem heißt:

‚Die Außenminister können gegenwärtig nicht zustimmen, daß Berlin als ein Land in die ursprüngliche Organisation der deutschen Bundesrepublik einbezogen wird.'

In dem offiziellen Genehmigungsschreiben der Westmächte für das Bonner Grundgesetz vom 21. Mai 1949 wiederholt sich die ausdrückliche Einschränkung:

‚Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 (2) des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird ...'

Damit war eindeutig klargestellt, daß das Grundgesetz nur mit der Maßgabe in Kraft getreten ist, daß Berlin nicht zu seinem Geltungsbereich, d. h. nicht zum Bestand der Bundesrepublik gehört.

Dieser Standpunkt der Westmächte, der allein der Rechtslage entspricht, wurde bis heute stets aufrechterhalten und wiederholt. So suspendierten die Westberliner Kommandanten durch eine Anordnung vom 29. August 1950 die Artikel der Westberliner Verfassung, die Westberlin zu einem Land der Bundesrepublik erklärten. Erinnert sei noch an die Feststellung des französischen Außenministers vom 23. Mai 1950 auf der Genfer Konferenz, in der es heißt:

‚Als vor nunmehr etwa zehn Jahren die deutsche Bundesrepublik gegründet wurde, haben wir dieser neuen Bundesrepublik klar gesagt, daß der wesentliche Teil Berlins ... ihr nicht angeschlossen werden soll. ... Das Territorium Westberlins ist kein Teil des Territoriums der Bundesrepublik.'

Die völkerrechtliche Stellung Westberlins wird im Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR klar gekennzeichnet. Im Artikel 6 des Vertrages heißt es, daß die Vertragspartner ‚Westberlin als selbständige politische Einheit' betrachten werden. Auch darum wird die in der Nachkriegsentwicklung eingetretene tatsächliche Lage Westberlins nochmals eindeutig festgestellt.

Auch in jüngster Zeit fehlte es nicht an westlichen Erklärungen zu dieser Frage. Am 6. November 1964 z. B. stellte der damalige britische Außenminister Gordon Walker in einer Erklärung fest, daß die Bundesrepublik in den Gebieten errichtet worden sei, die die früheren französischen, britischen und amerikanischen Besatzungszonen umfaßten, und daß Westberlin nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehörte und gehört. Die Befugnisse der westdeutschen Regierung erstrecken sich mithin nur auf das Gebiet der Bundesrepublik. Diesen Standpunkt praktizierte übrigens auch der britische Premierminister Wilson bei seinem Besuch vor einigen Wochen in Westberlin."

Studentenwettstreit – nach wie vor aktuell

Dr.-Ing. Bürger, Leiter der AG „Studentenwettstreit", zur Vorbereitung der Messe der Meister von morgen 1965

Die Arbeitsgruppe Studentenwettstreit an der TH befaßte sich am 11. Mai mit dem Stand des Studentenwettstreites in den Fakultäten unserer Hochschule und beriet Fragen der Vorbereitung der Ausstellung Messe der Meister von morgen.

Wie im vergangenen Jahr, so soll auch in diesem Jahr die Ausstellung in der Woche der Jugend und Sportler stattfinden. Der Zeitpunkt fällt mit der 800-Jahr-Feier unserer Stadt zusammen. Unsere Hochschule erwartet in der Festwoche viele Gäste. Aus dem Grunde sollte in diesem Jahr die Vorbereitung der Ausstellung besonders sorgfältig erfolgen, da sich sicher viele Gäste die Ergebnisse unserer Studenten ansehen möchten.

Ausstellung Messe der Meister von morgen

Als Termin für die Ausstellung wurde die Woche vom 21. bis 26. Juni 1965 festgelegt. Die studentischen Arbeiten werden im Hochschulgebäude an der Reichenhainer Straße ausgestellt. Wie im vergangenen Jahr werden die I. und II. Fakultät im Erdgeschoß ausstellen, während die III. und IV. Fakultät im I. Stock die Ergebnisse guter Arbeiten zeigen werden. Die besten Arbeiten werden von den Fachrichtungsleitern für die Ausstellung vorgeschlagen und in Verbindung mit den Prodekanen für Studienfragen der Fakultäten ausgewählt.

Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt am 21. Juni 1965, 10 Uhr, in der Reichenhainer Straße durch Magnifizenz. Die Fachrichtungsleiter werden die Ausstellungsstücke dem Rektor und den Gästen erläutern. Zur Eröffnung sind die Angehörigen des Lehrkörpers und die Studenten eingeladen.

Auszeichnung der besten Arbeiten

Die ausgestellten Arbeiten werden in einer Sitzung der Arbeitsgruppe Studentenwettstreit (23. Juni 1965) begutachtet und die besten Arbeiten dem Rektor zur Auszeichnung vorgeschlagen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Rektor, dafür – wie im vergangenen Jahr – einen Betrag von 3000 MDN vorzusehen. Die Auswahl der besten studentischen Arbeiten erfolgt nach 1. kollektiven Arbeiten im Praktikum, 2. Leistungen in wissenschaftlichen Studentenzirkeln und 3. guten Einzelleistungen.

Da das Praktikum für unsere Studenten eine große Bedeutung hinsichtlich der Erziehung zur Gemeinschaftsarbeit besitzt und die Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung der gestellten Aufgaben in kollektiver Zusammenarbeit schafft, werden diese Arbeiten bei der Bewertung an erster Stelle stehen. Die Fachrichtungsleiter werden gebeten, besonders solche Arbeiten für die Ausstellung auszuwählen.

Zentrale Ausstellung in Leipzig

Um die Ausstellung der studentischen Arbeiten unserer Hochschule auf den Bezirksmessen und der zentralen Ausstellung in Leipzig zu gewährleisten, sollte bereits jetzt von den Fachrichtungsleitern mit den Lectoren der zuständigen VVB Verbindung aufgenommen werden, um das Ausstellen dieser Arbeiten zu sichern. Leider waren im vergangenen Jahr in Leipzig von unserer Hochschule keine größeren Arbeiten ausgestellt. Durch rechtzeitige Einwirkung der Fachrichtungsleiter und Prodekane für Studienfragen der Fakultäten sollte erreicht werden, daß in diesem Jahr ein besseres Ergebnis erzielt wird.

Ergebnisse in den Fakultäten

Die Arbeitsgruppe Studentenwettstreit beschäftigte sich außerdem mit den Ergebnissen und dem Stand des Studentenwettstreites in den Fakultäten. Die Prodekane für Studienfragen oder ihre Vertreter berichteten in der Sitzung (am 11. Mai 1965) der Arbeitsgruppe über die Ergebnisse in ihrer Fakultät. Die I. Fakultät war durch Prof. Dr. Forker vertreten. Prof. Forker erläuterte die Erfahrungen der Institute. Dabei wies er darauf hin, daß gute Erfolge erzielt würden, wenn der Studentenwettstreit als Bestandteil der Lehrveranstaltungen behandelt wird. Es wurden besondere Themen an Studenten, die gute Leistungen aufwiesen, im Rahmen der obligatorischen Praktika ausgegeben. Diese Themen unterschieden sich durch einen höheren Schwierigkeitsgrad. Die Ausgabe von Themen über die Lehrveranstaltungen hinaus führte zu größerer Belastung der Studenten und brachte dadurch geringe Beteiligung mit sich. Der Studentenwettstreit sollte auf Grund dieser Erkenntnisse als Bestandteil der Lehrveranstaltungen durchgeführt werden mit dem Ziel, die Leistungen aller Studenten zu verbessern.

Im Pädagogischen Institut wurden als Bestandteil der Beleg- bzw. Examenspraktika 15 Themen an die Studenten der Fachrichtung Physiklehrer ausgegeben, die mit bewertet wurden. Die Arbeiten stellen Stoffkomplexe dar, die dem in den Spezialveranstaltungen dargebotenen Lehrstoff entsprechen. Die besten Arbeiten wurden prämiert (z. B. Student Harald Pilz mit dem 1. Preis des Institutes).

Vom Institut für Mathematik wurden an die besten und interessierten Studenten Themen ausgegeben, die über den Vorlesungsstoff hinausgingen. Diese Methode hat sich nicht bewährt. Im Institut wurde dann dazu übergegangen, Studenten mit guten Leistungen für den Besuch von zusätzlichen Vorlesungen und Seminaren zu gewinnen, die eigentlich erst später zu belegen sind. Dadurch soll ein vorzeitiger Diplomabschluß erreicht werden. Außerdem werden die Themen für Diplomarbeiten so gewählt, daß sie sich für Dissertationen ausbauen lassen, so daß vorzeitig promovierte Kader herangebildet werden können.

Im Institut für Angewandte Mechanik wurden 8 Einzelthemen von Studenten erfolgreich bearbeitet. Der Prodekan der II. Fakultät war verhindert, so daß in Vertretung Herr Dipl.-Ing. Trummer an der Sitzung teilnahm. Über die Ergebnisse an der Fakultät konnte nicht beraten werden. Die Redaktion wird Herrn Prof. Liebscher bitten, in Ergänzung hierzu einen Beitrag über die Erfahrungen an der II. Fakultät zu schreiben.

Über die Ergebnisse an der III. Fakultät berichtete in Vertretung des Prodekans Frau Dipl.-Ing. Kalaidjiewa. Zusammengefaßt liegen in den verschiedenen Instituten der Fakultät folgende Ergebnisse vor: Institut für Längenmeßtechnik: Im Rahmen der Praktika und Großen Belege wurden solche Themen ausgegeben, die dann von den Studenten verteidigt wurden. Auf Grund der guten Ergebnisse seiner Arbeit hielt ein Student einen Vortrag vor Mitgliedern der KDT in Potsdam. Drei Studenten arbeiten an einer Übersetzung aus dem Russischen. Weitere Studenten arbeiten am Bau eines Sinuslineals und an einem Demonstrationsmodell des Eppensteinschen Prinzips. Die Auswertung des Ingenieurpraktikums wird im Studienplan festgelegt. Weiterhin werden die Erfahrungen beim kombinierten Studium (z. B. FMT und EDV) für einzelne Studenten ausgewertet.

Institut für Ökonomie des Maschinenbaus: In gleicher Weise werden die Erfahrungen eines Studenten, der 2 Fachrichtungen studiert, und die Verteidigung der Großen Belege ausgewertet. Eine Gruppe von acht Studenten arbeitet außerhalb der Arbeitszeit an der Vorbereitung von Rationalisierungsvorhaben und der Erfassung des Teilsortiments auf Lochkarten. Andere Studenten beschäftigen sich mit Übersetzungen aus dem Englischen (z. B. Bedienungsanleitung für einen elektronischen Rechner).

Institut für Technologie: Die gebildeten Studentenzirkel arbeiten erfolgreich an Problemen der Schrumpfung, des Vollformgießverfahrens und an Verschleißuntersuchungen bei neuen Schneidwerkzeugen.

Über die Ergebnisse der IV. Fakultät berichtete der Prodekan, daß im Institut für Elektrotechnik gute Ergebnisse bei dem Aufbau von Meßplätzen durch Studenten erzielt wurden. Im Institut für Regelungstechnik hat sich ein Student mit Forschungen für ein kybernetisches System beim Speerwurf beschäftigt. Auf Grund von Anregungen in den Lehrveranstaltungen des Institutes übernahm er von sich aus ohne Aufforderung diese zusätzliche Aufgabe. Diese Arbeiten werden als Teil der Diplomarbeit gewertet, so daß ein zeitiger Studienabschluß erreicht werden kann.

Zur Weiterführung des Studentenwettstreites

Die Ergebnisse der Fakultäten im Studentenwettstreit zeigen, daß die angewendeten Formen unterschiedlich sein können. Das Ziel muß aber in jedem Falle gleich sein: Verbesserung der Leistungen der Studenten. Die Lösung dieser Aufgabe stellt fordert von den Instituten FDJ bestimmte Vorbe[illegible] auf die im folgenden k[illegible] gewiesen werden soll.

Die Aufgabe der Fachrichtungen besteht vor allem darin, im Rahmen der Lehrveranstaltungen Aufgaben im Studentenwettstreit zu stellen, die Ergebnisse in geeigneter Weise auszuwerten und Erfahrungen anderen Instituten zu vermitteln.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Sie wurden Kandidaten unserer Partei

Dr.-Ing. H. J. Rudolph

Dr.-Ing. Fr. Lohwasser

Dr.-Ing. Rudolph, Institut für Technologie des Maschinenbaus

Mein Wunsch, Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu werden, ist kein plötzlicher Entschluß gewesen, sondern Bestandteil einer planmäßigen Entwicklung und Glied in der Kette ständiger Auseinandersetzungen mit dem Geschehen.

Im Dezember 1943 endete meine Kindheit, als bei einem Terrorangriff mein „Zuhause" total zerstört wurde und ich sehen mußte, wie meine Spielgefährten mit zerrissenen Lungen geborgen wurden. Ein wichtiger Abschnitt meines Lebens begann dann mit dem Eintritt in eine FDJ-Wohngruppe. Erfahrene Jugendfunktionäre, die schon zum Teil illegal gearbeitet hatten, erzogen uns und wirkten für die Verwirklichung ihrer Ideale. Unser damaliger Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Politik" ist zum Beispiel heute Professor für Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Weitere Erlebnisse im In- und Ausland, vor allem bei meiner mehrjährigen Tätigkeit im Mitteldeutschen Rundfunk Leipzig und später u. a. im Volkskunstensemble der TH Dresden trugen viel zur Meinungsbildung bei. Diese wenigen Fakten mögen genügen, um das einleitend Gesagte zu belegen.

Ich bin der Meinung, daß es mir als Mitglied der SED möglich sein wird, besser und kritischer als bisher an den bestehenden Aufgaben und bei der Beseitigung noch vorhandener Mängel mitzuarbeiten. Eine besondere Aufmerksamkeit widme ich in diesem Zusammenhang dem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, das von großer Bedeutung für die zukünftige wissenschaftliche Entwicklung in der DDR ist. Auch an unserer Hochschule sind zu dessen Realisierung noch beachtliche Aufgaben zu bewältigen. Zur Zeit befasse ich mich daher mit organisatorischen Problemen der Studienplanung, um nach Lösung dieser Aufgabe, und das dürfte ein Schwerpunkt für die Zukunft werden, an den Fragen der Weiterentwicklung unserer Studienpläne mitzuwirken.

Dr.-Ing. Lohwasser, Institut für Betriebsanlagen

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, im besonderen die Erarbeitung der wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen, erfordert vor allem von den Wissenschaftlern unseres Staates ein zielstrebiges und verantwortliches Arbeiten.

Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Verwirklichung dieser Ziele und die bedeutenden Erfolge, die die DDR bereits erreichte, finden meine Achtung und volle Anerkennung. Sie haben mich in dem Wunsch bestärkt, Mitglied dieser Partei zu werden, um dadurch noch besser als bisher meine fachliche Qualifizierung mit den uns gestellten gesellschaftlichen Aufgaben bei der Ausbildung und Erziehung der Studenten zu fachlich hochstehenden und verantwortungsbewußten Führungskräften für unsere Volkswirtschaft verbinden zu können.

SLUB
Wir führen Wissen.
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ